

1. Pflege – Kommunen stellen eine gute Pflegeversorgung sicher

Pflege ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Kommunen tragen Verantwortung für gute Pflegebedingungen, Unterstützung pflegender Angehöriger und ein Altern in Würde.

Forderungen:

- Kommunale Altenhilfe- und Pflegeplanung unter Einbezug von Pflegeanbietern, Nachbarschaftshilfen, Ehrenamt und Senior*innenvertretungen erstellen.
- Pflegestützpunkte und Beratungsangebote flächendeckend sichern und ausbauen – barrierefrei, niedrigschwellig und wohnortnah.
- Quartiersentwicklung und pflegegerechtes Wohnen: Integration von Pflegebedarfen in kommunale Stadtplanung. Förderung von barrierefreien, gemeinschaftlichen Wohnformen.
- Unterstützung pflegender Angehöriger durch wohnortnahe Entlastungsdienste, Kurzzeit- und Tagespflegeplätze sowie Förderung von Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfegruppen.
- Pflege als Teil sozialer Infrastruktur: kommunale und gemeinnützige Träger haben Vorrang vor kommerziellen Anbietern.

Einsatz für strukturelle Veränderungen auf Bundesebene:

Von Landkreisen und Städten fordern wir, sich beim Deutschen Landkreistag, beim Deutschen Städtetag bzw. beim Deutschen Städte- und Gemeindebund einzusetzen:

- Einführung einer Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten trägt, damit Pflegebedürftigkeit kein Armutsrisiko ist.
- Sicherung der Pflegeversorgung zur Pflichtaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge machen und die Finanzierung durch eine Erhöhung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs decken.

2. Inklusion – Kommunen verwirklichen Teilhabe für alle Menschen

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zieht sich durch alle Lebensbereiche. Hessens Kommunen sind dazu verpflichtet, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen: Inklusion ist ein Menschenrecht und Barrierefreiheit eine notwendige Voraussetzung.

Forderungen:

- UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen: Jede Kommune braucht einen Aktionsplan für Inklusion mit überprüfbaren Zielen innerhalb der nächsten vier Jahre.
- Inklusive Bildung und Freizeit durch den Ausbau von inklusiven Kitas, Schulen und Freizeitangeboten. Unterstützung ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Behinderungen.
- Kommunale Behindertenbeauftragte und Behindertenbeiräte mit echten Mitwirkungsrechten einrichten, um die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu stärken.
- Kommunale Verwaltungen diversitätsorientiert schulen und Dolmetsch-Leistungen (Gebärden-, Schrift-, Sprachdolmetscher*innen) fördern.

3. Gesundheit – Kommunen fördern Gesundheit für alle

Gesundheit ist ein Menschenrecht und muss auf kommunaler Ebene gefördert werden. Die gesundheitliche Versorgung muss sozial gerecht, wohnortnah und inklusiv gestaltet werden.

Forderungen:

- Gesundheitsversorgung sichern durch den Aufbau und Erhalt medizinischer Versorgungszentren und Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft.
- Flächendeckende medizinische Versorgung durch eine gute Erreichbarkeit von Apotheken, Haus- und Facharztpraxen. Schnelles Eintreffen von Rettungswagen gewährleist.

- Barrierefreiheit in Arztpraxen und anderen Gesundheitseinrichtungen finanziell fördern.
- Niedrigschwellige, präventive Angebote bereitstellen: Kostengünstige und gesunde Mittagstische, Gesundheitskurse, Bewegungsangebote.
- Psychosoziale Unterstützung ausbauen und flächendeckend Angebote für Kinder, Jugendliche und traumatisierte Menschen bereitstellen.
- Klimawandel und Gesundheit zusammendenken: Hitzeaktionspläne, Trinkwasserstellen, Schattenräume und Schutzkonzepte für vulnerable Gruppen.
- Katastrophenschutz stärken um vor Ort auf Extremwetter, Pandemien etc. angemessen reagieren zu können.

4. Demokratie und Teilhabe – Kommunen stärken den sozialen Zusammenhalt

Kommunen sind Orte der gelebten Demokratie. Eine aktive Kommune und eine starke Zivilgesellschaft fördern das friedliche Zusammenleben von allen Menschen vor Ort.

Forderungen

- Zivilgesellschaft stärken: dauerhafte Förderung von Demokratiebildung und Initiativen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeder Art.
- Förderung von Netzwerken: Kommunen sollen gezielt Nachbarschaftshilfen, Tauschbörsen und Begegnungsprojekte im Quartier fördern.
- Kommunale Räume öffnen: Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser und Nachbarschaftstreffs kostenlos und barrierefrei zugänglich machen.
- Schutz vor Gewalt: Mehr Plätze von kostenlos aufnehmenden Frauenhäusern schaffen sowie Beratungs- und Notanlaufstellen ausbauen.
- Unabhängige Beschwerdestellen: Kommunen sollen unabhängige Beschwerdestellen einrichten, an die sich von Diskriminierung betroffene Menschen wenden können.
- Vielfalt als Stärke: interkulturelle Öffnung der Verwaltungen, Anerkennungskultur und Schutzräume für queere Personen sicherstellen.